



B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Georg Fürnkranz, Karl Baron, Wolfgang Irschik, Christian Unger, Manfred Hofbauer, MAS und Michael Niegl betreffend „E-Scooter“, eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 25. Juni 2019 im Rahmen der Rechnungsabschlussdebatte zur Geschäftsgruppe Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung, *an Postl* *Wort. Henrich*

In den letzten Monaten hat das Phänomen ‚E-Scooter‘ die Stadt erobert, wobei der spontanen Begeisterung der Benutzer empfindliche Probleme im Bereich Sicherheit aber auch Nutzung vor allem der Gehsteige gegenüberstehen.

Hinsichtlich der verkehrsrechtlichen Rahmenbedingungen wurde von Verkehrsminister Norbert Hofer die Klarstellung durch Gleichstellung mit Fahrrädern getroffen, die Frage der überbordend Gehsteige blockierenden Fahrzeuge und anderer Probleme harret noch einer Wiener Lösung.

Der einfache Zugang zur Nutzung der Geräte bringt systemimmanent das Problem mit sich, dass eine ausführliche Unterweisung in Spielregeln aber auch Fahrtechnik de facto unterbleibt und somit die Sicherheitsrisiken erheblich sind. Eine exakte Auswertung der auftretenden Probleme und insbesondere Unfälle und daraus resultierende Auflagen erscheinen daher vor Beginn der nächsten Saison unerlässlich.

Ein besonderes Problem ist die Konzentration der E-Scooter auf die Innenbezirke. Denn während E-Scooter gerade in peripheren Lagen eine attraktive Ergänzung zum ÖV-Netz darstellen könnten, konzentrieren sich die E-Scooter-Aufstellplätze aus wirtschaftlich nachvollziehbaren Gründen fast ausschließlich auf den zentralen Stadtbereich. Wichtig wäre daher, den Betreibern nicht nur in Gestalt einer - angesichts der Anzahl der Anbieter ohnedies zu hohen - Maximalzahl pro Anbieter Auflagen zu erteilen, sondern hinsichtlich der (anbieterseitigen) Aufstellplätze einen angemessenen Bezirks- oder regional-Mix vorzuschreiben, um Lasten und Nutzen über die Stadt gleichmäßig zu verteilen.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Die amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung wird aufgefordert:

1. hinsichtlich der Problematik der E-Scooter in Wien unverzüglich eine Erfassung und Auswertung sämtlicher auftretender Probleme im Zusammenhang mit Konfliktsituationen mit anderen Verkehrsteilnehmern und vor allem Fußgängern zu veranlassen, sowie dem Gemeinderat noch 2019 darüber Bericht zu erstatten, sowie entsprechende Maßnahmen vorzuschlagen.

